

Redeentwurf zur Regierungsinformation durch den Ministerpräsidenten über die Ergebnisse der Konferenz der Bundeskanzlerin mit den Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten am 18. November 2021 über weitere Schritte zur Bekämpfung der Pandemie sowie über deren Umsetzung im Land

für Andreas Schwarz

20. Plenarsitzung

**am Mittwoch, 24. November 2021
im Landtag von Baden-Württemberg**

Zeit: TOP beginnt 10.00 Uhr

Rededauer: 15 Minuten (Rede auf 12 Minuten)
Redereihenfolge:
MP, AfD, GRÜNE, CDU, SPD, FDP/DVP

Sehr geehrte Frau Präsidentin,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

wir befinden uns mitten in der vierten Welle.

Tag für Tag gibt es neue Höchstwerte bei der Inzidenz.
Viel zu viele Mitbürgerinnen und Mitbürger liegen derzeit auf den Intensivstationen und kämpfen um ihr Leben.
Und wir wissen leider heute schon: auch von denen, die sich erst jetzt infizieren, werden viele auf den Intensivstationen landen und einige an Corona sterben.
Die Lage ist also sehr ernst.
So ernst, wie sie vielleicht noch nie in dieser Pandemie war.

Das ist die Situation.

Herr Gögel!

Dass wir heute in dieser Situation sind, das hat auch etwas mit den Realitätsverleugnern zu tun, für die Sie exemplarisch stehen!

Denn wer hat denn immer wieder und immer wieder Maßnahmen torpediert?

Wer behauptet teilweise heute noch, Corona würde es gar nicht geben?

Wer stachelt diese Leute an?

**Dass sind doch Sie und Ihre Partei!
Das ist verantwortungslos!**

Und in Ihrer Rede heute haben Sie keinen einzigen brauchbaren Lösungsvorschlag vorgelegt.

Es ist gut, dass Ihre Partei keine Verantwortung in diesem Land trägt.

Meine Damen und Herren,
jetzt geht es darum, diese vierte Welle so schnell wie möglich zu brechen.
Und es geht jetzt darum, eine fünfte Welle zu verhindern.

Dass wir in einer vierten Welle angekommen sind, hat viel mit der Impfquote zu tun, die noch nicht da ist, wo sie sein müsste. Länder wie Spanien oder Portugal zeigen, dass Impfen hilft – sofern ein ausreichend großer Teil der Bevölkerung geimpft ist.

Wir haben hier lange auf Appelle gesetzt.
Es zeigt sich, dass das nicht ausreicht.
Um eine fünfte Welle zu verhindern, braucht es jetzt eine Impfoffensive.

Und ja, dazu gehört die Debatte um eine Impfpflicht!

Darauf werde ich am Schluss zurückkommen.

Denn nur mit einer wesentlich höheren Impfquote werden wir das Coronavirus besiegen können.

Dass alle, die sich impfen lassen können, geimpft werden, ist gerade mit Blick auf Kinder und Jugendliche wichtig. Bisher ist die Impfung erst ab 12 Jahren zugelassen. Off-label impfen die ersten Ärztinnen und Ärzte auch Kinder ab 5 Jahren. Ich gehe davon aus: In Kürze wird die Impfung der Kinder allgemein empfohlen werden. Noch jedoch sind es vor allem die Erwachsenen, die durch ihre Impfung Kinder schützen können:
Eltern,
Erzieherinnen und Erzieher,
Lehrerinnen und Lehrer,
und auch alle anderen.

Kinder und Jugendliche schützen – das ist und bleibt für mich und für meine Fraktion die große Leitlinie in dieser Pandemie.

Darum geht es!

**Die fünfte Welle verhindern,
die vierte Welle brechen –
das sind jetzt unsere Aufgaben.**

Das sind die Aufgaben der Politik,
der Regierung sowie des Parlaments.

Im Bund und in den Ländern.

Genauso sind alle Bürgerinnen und Bürger aufgerufen, mitzuwirken:
Mit einer solidarischen Haltung im zweiten Corona-Winter!
Mit der Impfung, gegebenenfalls der dritten Impfung als Booster, als
Auffrischungsimpfung!
Mit Kontaktreduzierung – auch über das rechtlich vorgeschriebene Maß hinaus!

Damit brechen wir die vierte Welle.

Und damit schaffen wir es gemeinsam, die fünfte Welle zu verhindern.

Und gerade deshalb, weil wir die Pandemie nur gemeinsam bewältigen werden, möchte ich Dank aussprechen.

Mein Dank gilt zu allererst all denjenigen, die ganz konkret an der Bekämpfung der Pandemie mitarbeiten, teilweise bis zur Erschöpfung.

Ich wünsche den Menschen, die tagtäglich an Ihre Grenzen, und viel zu oft darüber hinaus gehen, viel Kraft.

Ich denke an die Pflegerinnen und Pfleger, insbesondere auf den Intensivstationen.
An Ärztinnen und Ärzte, das medizinische Personal.

An alle, die Tests und Impfungen vorbereiten, durchführen und erfassen.

An die Krisenstäbe im Sozialministerium und in den Landkreisen.

Und an all die, die im öffentlichen Gesundheitsdienst daran mitwirken, dass wir aus dieser Krise kommen.

**Ihnen allen gilt mein Dank,
gilt heute unser besonderer Dank!**

Wir wissen alle, was sie bereits seit Beginn dieser Pandemie, die nun schon fast zwei Jahren andauert, leisten
und wir wissen leider auch, dass noch weitere harte Wochen auf Sie zukommen werden.

Meine Damen und Herren,
um die vierte Welle zu brechen, geht es jetzt um die richtigen Entscheidungen.

**Denn hier ist Gefahr im Verzug.
Deswegen handeln wir jetzt unverzüglich.**

Dazu hat die Landesregierung die Corona-Verordnung überarbeitet.

Wir begrüßen die Maßnahmen, die Ministerpräsident Kretschmann vorgestellt hat.

Die neu eingeführte Alarmstufe II hilft, Kontakte zu beschränken und das Ansteckungsrisiko zu minimieren. Es ist richtig, jetzt weitgehend auf die 2G-Regel umzuschalten, also den Zugang zu Freizeiteinrichtungen auf Geimpfte und Genesene zu begrenzen. Und in besonders sensiblen Bereichen greift 2G plus, es ist also zusätzlich ein Test notwendig. **Angesichts der Wucht der vierten Welle sind das die richtigen Vorgaben.**

Ebenso begrüßen wir die Hotspot-Regelung für die Landkreise mit der höchsten, ja dramatisch hohen Inzidenz. Hier sind weitere Maßnahmen vorgesehen.

Das ist richtig. Denn dort gilt es noch einmal in ganz besonderem Maße, jetzt Kontakte zu reduzieren und Ansteckungen zu minimieren.

Es droht Gefahr im Verzug. Deswegen sind diese harten Regeln jetzt notwendig, um der vierten Welle etwas entgegenzusetzen!

Diese Maßnahmen fußen auf dem bisherigen Infektionsschutzgesetz.

Auch auf Druck unseres Ministerpräsidenten wurde eine Länderöffnungsklausel in das neue Infektionsschutzgesetz eingeführt. Das schafft die Möglichkeit, angemessen auf regional unterschiedliche Lagen zu reagieren. Und ich gehe davon aus, dass es hier Nachbesserungen geben wird, spätestens dann, wenn die Übergangsmöglichkeit ausläuft.

Im neuen Infektionsschutzgesetz finden sich weitere richtige Maßnahmen, die jetzt bundesweit gelten: Endlich kommt die 3G-Regel im Nah- und Fernverkehr. Das war eine schwere Lücke, die jetzt geschlossen wird! Ebenso schließt der Bund jetzt die Lücke, die bisher am Arbeitsplatz bestand. 3G stellt manche Betriebe vor Herausforderungen, ist aber notwendig, um Ansteckungen am Arbeitsplatz zu verhindern. Hinzu kommt die Home-Office-Regelung, die ebenfalls noch einmal hilft, Kontakte zu reduzieren.

**Das sind wichtige Bausteine, um die vierte Welle zu brechen.
Denn gegen das Virus brauchen wir scharfe Schwerter!**

Meine Damen und Herren,

ich bin ja selbst Vater einer Tochter, die die Grundschule besucht. Ich kenne daher die Sorgen sehr gut, die sich jetzt viele Eltern machen. Wir haben uns dafür entschieden, Kindergärten und Schulen so lange wie möglich offen zu halten. Damit das sicher möglich ist, errichten wir einen Schutzzaun. Wir ergreifen alle notwendigen Maßnahmen, um unsere Kinder und Jugendlichen zu schützen.

Für das pädagogische Personal in den Schulen gilt schon seit einiger Zeit die 3G-Regel. Wer nicht genesen oder geimpft ist, muss täglich einen Test vorlegen.

Die Kinder in den Schulen und Kitas testen wir mehrfach pro Woche. Dieses dichte Netz werden wir im neuen Jahr fortführen.

Wenn in den Schulen Corona-Fälle auftreten, greift ein intelligentes System, um weitere Ansteckungen zu verhindern.

Zum Schutz unserer Kinder trägt die Maskenpflicht bei, genauso wie Luftfilter. So haben wir 70 Mio. € für die Beschaffung mobiler Filtergeräte bereitgestellt.

Wir können also mit Fug und Recht sagen, dass Kinder und Jugendliche bei uns Priorität haben!

Dass dieser Schutzzaun funktioniert, ist ein Verdienst all derjenigen, die unsere Schulen und Kitas offen und in Betrieb halten.

Dafür möchte ich mich bei den Lehrerinnen und Lehrern, den Erzieherinnen und Erziehern genauso wie bei den Leitungen von Schulen und Kitas herzlich bedanken!

Meine Damen und Herren,
Regierung und Parlament setzen den Rahmen.

Zugleich ist jede und jeder Einzelne gefragt.

Wir müssen nicht jetzt auf jeder Hochzeit tanzen, wir können freiwillig Kontakte reduzieren, uns auch im privaten Bereich vor Treffen testen lassen.

Wir haben ein hervorragendes Gesundheitssystem, das kostenlose Impfungen und Testmöglichkeiten bereithält.

Und wir haben digitale Instrumente wie die Corona Warn App, um über Risikokontakte gewarnt zu werden.

Das alles zu nutzen, liegt in der Verantwortung jedes Bürgers und jeder Bürgerin.

Ich möchte deswegen denen danken, die umsichtig handeln!

Denn die Mehrheit im Land ist solidarisch.

Die Mehrheit im Land ist geimpft.

Das sind in Baden-Württemberg Stand heute 7,3 Millionen Menschen.

Manche haben sich sofort impfen lassen, als es Angebote gab.

Andere zögerten, und haben sich trotz Skepsis zur Impfung durchgerungen.

Wer noch Fragen hat, findet darauf inzwischen fundierte Antworten.

Oft sind es Menschen aus dem nahem Umfeld, die andere von der Impfung überzeugt haben.

Auch dafür danke ich herzlich! Denn das ist gelebte Solidarität.

Jede Impfung zählt.

Noch sind wir nicht bei den gut 90 Prozent, die wir brauchen, um das Virus zu stoppen.

Doch gemeinsam nähern wir uns diesem Ziel. *[Stand: 67%]*

Deswegen geht es jetzt darum, alles zu unternehmen, um die Impfquote zu erhöhen.

So erreichen wir den flächendeckenden Impfschutz, den wir brauchen, um eine fünfte Welle zu verhindern.

Dafür sind Impfangebote notwendig. Möglichst niederschwellig, möglichst überall im Land. Deswegen ist es richtig, dass wir jetzt landesweit Impfstützpunkte einrichten.

Die Landesregierung baut die mobilen Impfteams auf 155 aus. Das ermöglicht rund 20.000 Impfungen pro Tag! Hausärztinnen und Fachärzte impfen jetzt genauso wie Betriebsärztinnen und Betriebsärzte großer Firmen. Dazu werden Angebote kommen, um Kinder unter 12 Jahren zu impfen. Und wir unterstützen die Impfkationen der Kommunen und der Landkreise. Mit Einfallsreichtum kommen wir hier weiter.

Ich finde es beispielsweise großartig, wenn ein Bürgermeister zusammen mit dem örtlichen Arzt am Samstag in der Turnhalle eine Impfkation durchführt.

Das ist der Geist, den wir in unserem Land brauchen!

**Jetzt geht es darum, möglichst viele Impfangebote überall im Land zu machen, um zum flächendeckenden Impfschutz zu kommen.
Und ich rufe alle auf, hier mitzumachen.**

Wer sich impfen lässt, senkt sein eigenes Risiko erheblich, einen schweren Krankheitsverlauf zu erleiden und möglicherweise an Corona zu sterben. Sich impfen zu lassen, ist jedoch nicht alleine eine individuelle Entscheidung. Denn Impfen schützt alle – auch die, für die es noch kein Impfangebot gibt.

Und wer sich impfen lässt, entlastet dadurch Krankenhäuser und Personal.
Wer sich dagegen nicht impfen lässt, trägt zur Überlastung der Intensivstationen bei. Und dann werden schreckliche Entscheidungen notwendig. Wer kann noch behandelt werden – und wer nicht?
Corona-Patient oder Unfallopfer? Wer darf ans Beatmungsgerät – und wer bleibt ohne Sauerstoffversorgung?

**Sich impfen zu lassen, ist also ein Akt der Solidarität!
Es ist ein Teil der gesamtgesellschaftlichen Verantwortung.**

Meine Damen und Herren,
weil die Impfquote bisher nicht ausreicht, um die fünfte Welle zu verhindern, begrüße ich es, dass jetzt offen über eine Impfpflicht diskutiert wird.

Den ersten Schritt hierzu haben die Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten gemacht, als sie sich für eine Impfpflicht im Bereich der Pflege- und der Heilberufe ausgesprochen haben. Denn wer in diesem Feld nicht geimpft ist, gefährdet andere. Eine bereichsspezifische Impfpflicht kann ein erster Schritt sein, um jetzt schon daran zu arbeiten, die fünfte Welle zu verhindern.

Aber reicht das aus? Brauchen wir nicht vielmehr eine allgemeine Impfpflicht?
Ich meine Ja.
Ministerpräsident Kretschmann hat mit einem Gastbeitrag in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung die Initiative hierzu ergriffen.
Ich halte es für dringend geboten, jetzt über eine allgemeine Impfpflicht nachzudenken.

Sie haben - Herr Ministerpräsident - hierfür die volle Unterstützung der Grünen Landtagsfraktion.
Es wäre nicht das erste Mal, dass dieses Instrument gezogen wurde, um eine gefährliche Krankheit zu bekämpfen.
Ich bin zu jung dafür, aber die Älteren werden sich an die Pockenschutzimpfung erinnern, die bis 1975 verpflichtend war.

Und es gibt noch ein weiteres Argument, dass für eine allgemeine Impfpflicht spricht. Heute machen wir es zur individuellen Entscheidung, sich impfen zu lassen. Damitbürden wir jedem und jeder eine große Verantwortung auf.

Ich kann mir durchaus vorstellen, dass es für manche eine Entlastung ist, wenn diese Entscheidung allgemeingültig für alle getroffen wird.

Der richtige Ort, um über eine allgemeine Impfpflicht zu entscheiden, ist der Bundestag. Ich halte es für richtig, dass die Kolleginnen und Kollegen dort jetzt zügig darüber beraten.

Mein Dank und mein Respekt gilt jedenfalls Ministerpräsident Kretschmann dafür, diese Debatte eröffnet zu haben.

Dabei unterstützen wir ihn aus vollem Herzen!

Wir müssen jetzt handeln, um künftige Freiheiten zu erhalten.

Das betrifft nicht nur die Klimakrise.

Wer seinen Freiheitsbegriff nur auf „ich“ und auf „jetzt sofort“ bezieht, verliert das große Ganze aus dem Blick.

Deswegen handeln wir jetzt – auf rechtsstaatlicher Grundlage.

Und wir zücken die scharfen Schwerter – da, wo es notwendig ist.

Anders kommen wir nicht aus dieser Pandemie!

Wir müssen, wir wollen und wir werden die vierte Welle brechen!

Mit unserem Entschließungsantrag gehen wir diesen Weg.

Ich rufe Sie dazu auf, sich dem anzuschließen!

Denn es wird uns nur gemeinsam gelingen, die vierte Welle zu brechen.

Es gelingt, wenn wir gemeinsam, mutig und beherzt alle notwendigen Maßnahmen ergreifen!

Und wenn wir – alle Bürgerinnen und Bürger – weiter solidarisch bleiben.

Gleichzeitig ist heute klar: nur mit flächendeckendem Impfschutz verhindern wir die fünfte Welle!

Lassen Sie uns deshalb heute gemeinsam ein Zeichen für das Impfen setzen!

Herzlichen Dank!